

Tagungsdokumentation

Bensberger Gespräche Europa in der Krise

25.-27. Januar 2006 in Bensberg

Dokumentation: Hans-Ulrich Stricker

Was sind die Konsequenzen?

Was folgt daraus für die politische Bildung?

Arbeitsgruppe Dr. Heinemann

Zur vertiefenden Reflexion des Vortrages von Dr. Heinemann vom Vormittag trafen sich etwa 30 interessierte Teilnehmer unter der Leitung von Dr. Ralf Bambach in einem Arbeitsraum und nutzten dort die Gelegenheit, mit dem Referenten zu diskutieren und weitere Fragen zu seinen Ausführungen zu stellen.

Zunächst wurden die Schwierigkeiten erörtert, den Bürgern komplexe Sachverhalte und notwendige Entscheidungen auf europäischer Ebene zu vermitteln, wenn gleichzeitig manche Ergebnisse dieser europäischen Politik wie z.B. die Währungsunion durch subjektive Wahrnehmung des Euro als "Teuro" kontraproduktiv wirkten. Trotz gegenteiliger Informationen durch das Statistische Bundesamt werde nach Auffassung von Dr. Heinemann die gefühlte Inflation durch die Währungsumstellung überbewertet und dabei die Tatsache außer Acht gelassen, dass es in Deutschland durch die Stagnation der Wirtschaft insgesamt zu einer Reduzierung der Realkommen gekommen sei.

Die Funktion der Europäischen Zentralbank und die Auswirkungen der europäischen Geldpolitik auf unterschiedliche Länder der EU sowie die mögliche Ausdehnung der Währungsunion auf einige der 2004 beigetretenen Länder beendeten die Fragerunde.

Im Anschluss an diese eher währungspolitischen und finanztechnischen Fragen entwickelte sich eine sehr emotionale Debatte über den Zusammenhang von Globalisierung, Sozialstaat und sozialer Verantwortung. Es wurden sehr gegensätzliche Positionen zwischen dem eher volkswirtschaftlich ausgerichteten Referenten und einigen Teilnehmern aus der Gruppe deutlich, die eher gesellschaftspolitischen Betrachtungsweisen den Vorrang gaben. Dem Vorwurf, ein Staat und eine Gesellschaft, die nach ökonomischen Regeln organisiert seien und folglich im Gegensatz zu einem Gesellschaftsentwurf stünden, der auch Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit beinhalte, widersprach Dr. Heinemann. Es müsse doch bezweifelt werden, ob die darin enthaltenen Konzepte der Umverteilung das sozialpolitische Problem Nummer eins, die Massenarbeitslosigkeit, wirksam bekämpfen könnten. Es stelle sich die Frage, ob die klassischen Maßnahmen des Sozialstaates noch greifen, ob der Sozialstaat in seiner derzeitigen Form noch sozial sei?

An der wirtschaftswissenschaftlichen Terminologie, in der Menschen als "Humankapital" bezeichnet würden und die somit ein nicht akzeptables Menschenbild offenbare, entzündete sich eine heftige Debatte über die soziale Verantwortung im Wirtschaftsleben. Die bekannten Beispiele prominenter Unternehmer und Manager in

Deutschland, Betriebsverlagerungen in großem Stil in Billiglohnländer aber auch das wirtschaftliche Verhalten des Bürgers im Sinne des Slogans "Geiz ist geil" führten zu zahlreichen Fragen nach dem Wertebezug, nach der geforderten Solidarität im Verhalten des Menschen. Man spürte das Unbehagen vieler Teilnehmer an der derzeitigen Situation in Deutschland und die Sorge um die zukünftige Entwicklung.

Was wird noch finanzierbar sein in einem Sozialstaat, in dem die Zahl der Arbeitsplätze möglicherweise nicht signifikant gesteigert werden könne, wie sollte dieser reformiert werden? Dr. Heinemann skizzierte Modelle, mit denen in einigen skandinavischen Ländern versucht wurde, den Sozialstaat mit den Herausforderungen der Globalisierung zu verbinden.

Die Frage was denn getan werden könnte, um in Deutschland Arbeitsplätze zu schaffen oder zumindest zu erhalten, beantwortete er mit dem Hinweis, es müssten Anreize für Unternehmen gegeben werden, indem Arbeit billiger gemacht, der Arbeitsmarkt dereguliert und eine Gründungsdynamik gestärkt werde.

Abschließend kritisierte Dr. Heinemann noch einmal scharf eine "appellative Wirtschaftspolitik mit normativen Ansätzen", vielmehr sei es unabdingbar auf der Basis empirisch erhobener Daten Konzepte zu entwickeln, wobei diese besonders wegen der demographischen Entwicklung nicht ohne das oft kritisierte Wachstum auskämen.

Wegen der lebhaften Diskussionen über den Wertebezug wirtschaftlichen Denkens und Handelns kam die im Programm vorgesehene Behandlung der Konsequenzen für die politische Bildung etwas zu kurz.